

Regierungsratsbeschluss

vom 5. Dezember 2011

Nr. 2011/2565

Erneuerung der Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz 2007 – 2015 Ermächtigung der KdK zur Unterzeichnung Schreiben an die KdK

1. Erwägungen

Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) ersucht die Kantone um Ermächtigung zur Unterzeichnung der von ihr ausgehandelten und vom Bundesrat am 16. November 2011 verabschiedeten Erneuerung der Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz. Die Staatskanzlei hat zuhanden der Plenarversammlung der KdK vom 16. Dezember 2011 ein entsprechendes Schreiben vorbereitet.

Mit der Unterzeichnung der Erneuerung der Rahmenvereinbarung geht auch eine Finanzierungsbeteiligung der Kantone an die im Aktionsplan von E-Government Schweiz aufgeführten Vorhaben einher. Die Finanzierung dieser Vorhaben wird nach dem neuen Art. 15 Abs. 4 der Rahmenvereinbarung von den Kantonen zur Hälfte getragen und untereinander gemäss KdK-Kostenteiler nach mittlerer Wohnbevölkerung 2009 aufgeteilt. Der Anteil an den der Gesamtheit der Kantone anfallenden maximalen Kosten von jährlich 1.2 Mio. Franken beträgt für den Kanton Solothurn im Jahre 2012 38'776 Franken

2. Beschluss

Das Schreiben an die KdK wird beraten und beschlossen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilagen

Schreiben an die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), Bern

Erneuerung der Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz (2007 – 2015) – Version vom 11.11.2011

E-Government Strategie Schweiz: Arbeitsdokument – Aktionsplan 2012

Finanzierungsanteile 2012 pro Kanton

Verteiler

Staatskanzlei
Regierungsrat (6)
Amt für Informatik und Organisatin
Kantonale Finanzkontrolle
Staatskanzlei, Vertragsbuch